

Basta!

Nr. 1 / Februar 1999

Basels starke Alternative

Globalität

Gesellschaft

„Global denken, lokal handeln.“ Die 68er-Bewegung hat diesen Anspruch oft zitiert und „hoch die internationale Solidarität“ skandiert. Heute stellen die weltwirtschaftlichen Verflechtungen die zivilgesellschaftlichen in den Schatten. Die „grosse Freiheit“ ist die Freiheit der Grossen. Und was hält die Gesellschaft zusammen?



In zehn Jahren hat sich der Welthandel auf fünf Billionen US-Dollar verdoppelt. Die Finanzströme sind von zwanzig auf über dreihundert Billionen US-Dollar gestiegen.

Noch nie hatten so wenige Menschen so viel Macht wie heute. 450 Personen verfügen über gleichviel Geld wie die Hälfte der Menschen. Transnationale Unternehmen entziehen sich dem gesellschaftlichen Korrektiv. Staaten geraten in Standortwettkämpfe mit andern Staaten. Sie fangen an, selber wie Unternehmen zu funktionieren. Die Globalisierung refeudalisiert die Besitzverhältnisse und gibt autoritären Strömungen Auftrieb. Sie ersetzt Institutionen der Demokratie durch elektronische Kommunikation zwischen atomisierten Individuen. Der liberale Soziologe Ralph Dahrendorf fürchtet ein 21. Jahrhundert des Autoritarismus. Heute handeln, morgen denken, scheint das Motto zu lauten. Wir flüchten nach vorn.

Um Standortvorteile zu ergattern, sollen die Arbeitskräfte billiger, flexibler und mobiler werden. Die Gesamtarbeitsverträge werden geschwächt, die Lohnnebenkosten gesenkt, Versicherungen privatisiert, die Nacht-, Schicht- und Sonntagsarbeit ausgeweitet. Während sich die beruflichen Aussichten verschlechtern, nimmt der Selektionsdruck zu. Das verstärkt die Ellbogen-Mentalität sowie die „no future“-Haltung. Die Konkurrenz treibt an und lähmt. In den USA wechseln Erwerbstätige in vierzig Jahren elfmal die Stelle und den

Wohnort. Zwischendurch sind sie erwerbslos. Die „flexible Persönlichkeit“ muss Kontinuität verabschieden und Fragmentierung akzeptieren. Risiken gelten als Chance, obwohl achtzig Prozent der Stellenwechsel zu einem Abstieg führen.

Menschen, die so behandelt werden, als wären sie beliebig zu ersetzen, ziehen sich zurück. Wer engagiert sich schon gerne für eine Firma, die vermutlich bald verkauft wird. Der Rückzug ist die Kehrseite der Flucht nach vorn. Die Flexibilisierung strapaziert die Dehnfestigkeit von Individuen und Familien. Sie ist das Abbild wirtschaftlicher Leistungsanforderungen. Das Menschenbild eines marktgerechten

Individuums grenzt weite Teile der Bevölkerung aus.

„Die postnationale Konstellation“ (Habermas 1998) weicht Landesgrenzen auf. Sie baut soziale Leitplanken ab, könnte aber auch Horizonte erweitern. Dass die Vereinzelung die sozialen Bande schwächt, wird - zu Recht - beklagt. Ich halte die Individualisierung trotzdem für eine historische notwendige Phase. Sie löst enge Kontrollen auf. Damit ist allerdings die Gefahr verbunden, in eine Beliebigkeit abzudriften, die sich um Mitmenschen foutiert. Mehr freiwillige Solidarität anzustreben, ist gut und recht. Wenn es aber um die Existenzsicherung geht, ist gesellschaftliche Verbindlichkeit notwendig. Eine gute soziale Infrastruktur kann die Individuen darin unterstützen, eigene Verantwortung wahrzunehmen. Die Autonomiedebatten der sechziger Jahre haben sich stark am

Fortsetzung Seite 2

Heute handeln, morgen denken, scheint das Motto zu lauten. Wir flüchten nach vorn.

Mutationen an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel



„Der Globalismus strebt eine gewinnträchtige Konsumkultur an. Anders die Globalität. Sie ist weltoffen und zivilgesellschaftlich orientiert.“ (Foto: Wolfgang Adamek)

Flughafenausbau: Referendum

Mehr Fluglärm, höhere Schadstoffimmissionen, grössere Sicherheitsrisiken – und erst noch dafür zahlen? Ohne uns! (Unterschriftenbogen Seite 4)

Zu Jahresbeginn haben Binningen, Allschwil und Schönenbuch als vom Flugbetrieb am meisten betroffene Landgemeinden mit Petitionen ihre Forderung unterstrichen, die geplanten Investitionsbeiträge der Kantone Baselland und Baselstadt seien an verbindlich formulierte Umwelt-, Lärmschutz- und Sicherheitsmassnahmen zu binden. Mitte Januar entschieden sich nun die Parlamente der beiden Halbkantone deutlich für die millionenschwere Beteiligung am Flughafenausbau. Trotz der damit verbundenen (aber zu moderaten) kantonalen Auflagen hat das Komitee "Flughafenkredite NEIN", dem auch BastA! angehört, gegen diese Beschlüsse das Referendum ergriffen. Allerdings: selbst wenn dieses erfolgreich wäre, müsste der Bund für die fehlenden Investitionsbeiträge aufkommen. Da stellt sich die Frage: Ist unter die-

sen Umständen ein Referendum überhaupt sinnvoll? *Martin Brunner* vom BastA! Bulletin sprach darüber mit *Regula Menzi*, Mitglied der Arbeitsgruppe Luftverkehr des VCS beider Basel.

BastA!: *Im besten Fall gewinnen wir das ergriffene Referendum - und landen einen Pyrrhus-Sieg, weil der Bund vertraglich den Euro-Airport-BetreiberInnen die erforderlichen Beiträge garantiert. Was rechtfertigt angesichts dieser Ausgangslage ein Referendum?*

Regula Menzi: Wenn die Basler Bevölkerung „Nein“ zum Ausbau des Flughafens sagt, muss der Bund zwar einspringen, da er sich gegen-

über Frankreich im Staatsvertrag verpflichtet hat. Und falls Frankreich darauf besteht, wird der Bund hier zur Kasse gebeten.

Da aber auch der Bund die Anliegen der

AnwohnerInnen ernst nehmen muss, sollte er bei einer Ablehnung des Kredites durch die StimmbürgerInnen nochmals Verhandlungen mit Frankreich aufnehmen und den Staatsvertrag entsprechend den Wünschen der betroffenen Kantone korrigieren.

BastA!: *Der eigentliche Haken ist die erwähnte Staatsgarantie, welche durch den Beschluss des Nationalrates vom 8. Dezember mög-*



Regula Menzi, Mitglied der Arbeitsgruppe Luftverkehr des VCS

lich wurde. Hätte nicht mit Vorteil bereits dieser bekämpft werden müssen und können?

R.M.: Der Beschluss des Nationalrates widerspricht den Bundesgesetzen, da an die Flughäfen nur noch rückzahlbare und verzinsliche Darlehen abgegeben werden dürfen. Der Bund hätte den Staatsvertrag an die Bedingung der Zustimmung durch die beiden Kantone Basel-Stadt und Baselland knüpfen müssen. Im Nationalrat hat Ruth Gonseth (Grüne BL) eine Diskussion über den Kredit verlangt, doch die Ratsmehrheit verhinderte dies.

BastA!: *Der VCS ist eine mitgliederstarke Organisation, das Dreiländereck eine Region, in der die Verhinderung von umweltbelastenden Grossprojekten eine gewisse Tradition hat. Drängen sich bei dieser Konstellation neben der gewählten nicht auch andere Formen des Widerstands auf?*

R.M.: Wenn die verschiedenen Gruppen, die das ungehinderte Wachsen des Flugverkehrs bekämpfen, zusammen spannen, so sind direkte Aktionen gegen den Ausbau des Flughafens Basel-Mulhouse so imposant, dass sie ernst genommen werden müssen. So gesehen ist das Referendum gegen die Kredite von Basel und Baselland nur ein Mosaikstein im Widerstand gegen den masslosen Ausbau des Flughafens. Ein wuchtiges „Nein“ der AnwohnerInnen des Flughafens Basel-Mulhouse setzt aber ein Zeichen. Damit kann auf jeden Fall verhindert werden, dass weitere Ausbauwünsche des Flughafens durch die öffentliche Hand finanziert werden. Der Kampf gegen den Lärm, die Luftverschmutzung und die Entwertung von Wohnqualität wird aber weitergehen müssen.

Fortsetzung von Seite 1

Individuum orientiert. Sachliche Distanziertheit sollte die "Kuhstallwärme der Gemeinschaft" ablösen. Mittlerweile ist es aber allzu "cool" und anonym geworden. Da und dort nimmt indes die Bereitschaft zu, verbindlichere soziale Beziehungen einzugehen. Solidarische Netze versuchen sich dem "Zeitalter des Narzissmus" zu entziehen. Sie halten die Selbstbestimmung hoch, lehnen aber die Fiktion eines ungebundenen Selbst ab.

Die ökonomistische Weltmarktdominanz ist weder sozial-, noch umweltver-

Beziehungen und versucht, die Kluft zwischen Nord und Süd auszugleichen. Gerechtigkeit ist keine Antithese zur Freiheit, sondern ihre Voraussetzung. Ich bin für einen selektiven Welthandel, der die Preise für Rohstoffe an jene der industriell gefertigten Güter anpasst; dann reichen dem Süden die Hälfte des Mehrerlöses, um die existentiellen Bedürfnisse zu befriedigen. Zudem erfordert die wirtschaftliche Dominanz ein politisches und gesellschaftliches Korrektiv. Dies nicht im Sinne einer Weltregierung, die alles im Griff hat. Vielmehr



träglich. Der Globalismus strebt eine gewinnträchtige Konsumkultur an. Er betrachtet die Welt als Spielcasino und beurteilt die Menschen nach ihrer Kaufkraft. Anders die Globalität. Sie ist welt-offen und zivilgesellschaftlich orientiert. Sie umfasst die Gesamtheit der sozialen

gilt es, die UNO sowie die sozialstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zu stärken. Sie können den sozialen Zusammenhalt weltweit fördern.

Ueli Mäder

Die Fragen stellte Martin Brunner

Keine Steuergelder für den Flughafenausbau!

Referendum BS

gegen den Grossratsbeschluss vom 20.1.99 betreffend „Investitionsbeitrag an den bi-nationalen Flughafen Basel-Mülhausen (Investitionsvorhaben 1997-2004)“

Die unterzeichnenden im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigten Personen verlangen, gemäss § 29 der Kantonsverfassung, dass der obengenannte Grossratsbeschluss vom 20. Januar 1999 der Volksabstimmung unterbreitet wird.

Auf dem Bogen dürfen nur Unterschriften von Stimmberechtigten aus einer Gemeinde stehen!

Politische Gemeinde: ☐ Basel ☐ Riehen ☐ Bettingen

	Name, Vorname (handschriftlich u. Blockschrift)	J.g.	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					

Unterzeichnung nur handschriftlich. Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung zur Ausübung des Referendums fälscht, macht sich nach Art. 282 StGB strafbar.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind.

Ort:

Amtsstempel:

Die für die Bescheinigung zuständige
Amtsperson: Unterschrift und amtliche Eigenschaft

Datum:

Unterschriftenbogen ganz oder teilweise ausgefüllt umgehend, jedoch **spätestens bis zum 2. März 99**, zurück an:

Komitee beider Basel „Flughafenkredite NEIN“

Postfach 109, 4006 Basel, Tel. 311 11 77 Fax 311 11 90, PC 40-331957-0

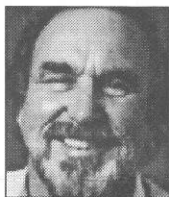
AerztInnen für Umweltschutz, BastA, Dreiländer-Forum Umwelt, FraB, Freie Grüne Liste BL, Grüne BL, Grüne Partei BS, Neue PdA BS/BL, Kaktus Allschwil, Komitee wohnl. St. Johann BS, Oekostadt Basel, PdA 1944 BS, Pro Natura BL, Schutzverband der Bevölkerung, SP Allschwil/Schönenbuch, UfraL BL, VCS, WWF



Konzeptionsloser Aktionismus

Schulpolitik

Im Basler Erziehungsdepartement fehlt es an pädagogischer und erziehungswissenschaftlicher Kompetenz



Ohne die Striebel-Aera über Gebühr glorifizieren zu wollen, muss heute rückblickend festgestellt werden: Seit dem Amtsantritt von Stefan Cornaz als Regierungsrat haben sich Politik und Amtsführung des ED in wesentlichen Belangen negativ entwickelt. Cornaz ist seinen bildungspolitischen Ansichten aus seiner Vor-Regierungsratszeit treu geblieben. Erinnern wir uns: Cornaz ist seit jeher ein vehementer Gegner der Basler Schulreform gewesen. Als leitender Funktionär der Basler Handelskammer hatte er deren Bericht „Mehr Freiheit im Basler Schulsystem“ mitverfasst und mitverantwortet, einen Bericht, welcher im Kern die Einführung des Bildungsgutscheins und damit Schritte in Richtung Privatisierung des Schulwesens vorschlug. Dieser Bericht war nicht nur von seiner sozialen Stossrichtung her gesehen bedenklich, er strotzte zudem von Unwahrheiten und Verunglimpfungen der Basler Schulen – ein Schnellschuss, der den alleinigen Zweck hatte, die laufende Schulreform, bei welcher trotz mancher Schwierigkeiten doch die positiven Aspekte deutlich überwiegen, in Misskredit zu bringen.

Die heutige Basler Bildungspolitik, wie sie vom ED unter Stefan Cornaz betrieben wird, knüpft inhaltlich an diese Vergangenheit an. Sie ist zudem gekennzeichnet durch einen pausenlosen und meist konzeptionslosen Aktionismus.

Noch und noch werden Projekte losgetreten, oft ohne deren Folgen seriös abzuwägen und ohne die notwendige Fachkompetenz – Schnellschüsse eben. Manchmal gewinnt man den Eindruck, das Basler Schulsystem müsse – koste es, was es wolle – demontiert werden, nur damit dann die rechtsfreisinnigen Bildungsvorstellungen des Vorstehers um so besser greifen können.

Einige Beispiele solch unausgegebener Politik, solch unausgegebener Projekte, die z.T. laufen, z.T. wieder abgebrochen werden mussten:

1. Die IV-Kleinklassen wurden weg vom Ressort Schulen neu dem Ressort Dienste des ED unterstellt, eine Massnahme, welche dem Integrationsgedanken diametral zuwiderläuft.

2. Das Rektorat der Kleinklassen sollte aufgehoben werden. Kleinklassen sollten forciert in sogenannte ambulante Modelle umgewandelt werden. Das ED missachtete dabei die Warnungen aus der Fachwissenschaft und verriet ein bedenkliches Manko an Kenntnis der schulischen Verhältnisse. Aufgrund der Proteste musste dieses Projekt (vorläufig?) abgebrochen werden.

3. Unter dem Vorwand, den Schulen mehr Autonomie zu gewähren, wurde Hals über Kopf das New public management-Projekt TauSch (Teilautonome Schulen) gestartet. In Wirklichkeit ging

In einer Zeit, in der die Basler Schulen in tiefgreifenden Reformen stehen, ist ein solcher Zustand untragbar.

Noch und noch werden Projekte losgetreten, oft ohne deren Folgen seriös abzuwägen und ohne die notwendige Fachkompetenz.

es dabei um nichts anderes, als darum, die Kosten für das Schulwesen in den Griff zu bekommen, wie im Regierungsprogramm nachzulesen ist. Das Projekt geriet unter heftigen Beschuss der GE. Es kann in der ursprünglich vorgesehenen Form nicht mehr durchgeführt werden.

4. Das Projekt Niktabas (Internet an allen Schulen) wurde initiiert und im Eiltempo vorangetrieben. Ein pädagogisches Konzept besteht nicht.

5. Ohne Absicherung bei den dafür zuständigen und kompetenten Institutionen und Gremien wurde eine neue Regelung der Gutsprache an Privatschulkosten für sogenannte Hochbegabte eingeführt. Erst auf vielfältigen Protest hin wurde die heikle Angelegenheit in einem breiteren Kreis diskutiert.

6. Das ED stimmt einer Abtretung der Riehener und Bettinger Volksschulen an die Landgemeinden zu, ohne irgendwelche schulischen oder bildungspolitischen Fragestellungen miteinzubeziehen, einem steuerpolitischen Kuhhandel also, der einzig dem Zweck der Erhaltung von Steuerprivilegien dient.

7. Der Vorsteher des ED gab im Alleingang eine Gymnasialquote (Anteil der Kinder, die in ein Gymnasium gehen) von 30 % auf der 8. Klassenstufe vor. Sollte die Gymnasialquote weiter ansteigen – sie beträgt heute wie vor der Schulreform 37 % – so wird die Durchführung von Aufnahmeprüfungen erwogen, d.h. die Abschaffung des Elternentscheids. Numerus clausus für Gymnasialisten!

Mit den komplexen sozialen, ökonomischen, bildungspolitischen und erziehungswissenschaftlichen Fragestellungen, welche im Zusammenhang mit einer Veränderung der Gymnasialquote diskutiert werden müssen, befasst man sich nicht.

Dies sind einige Beispiele, welche die Arbeitsweise der Departementsführung des ED charakterisieren. Die Reihe liesse sich verlängern. Auf Beispiele zur Sparpolitik des ED wurde an dieser Stelle bewusst verzichtet.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das ED einen unguten Aktionismus pflegt. Es fehlt an pädagogischer und erziehungswissenschaftlicher Kompetenz. Diese Kompetenz wird auch nicht dort abgerufen, wo sie vorhanden ist. Die Mitsprache der Lehrkräfte und Fachleute wird oft übergangen.

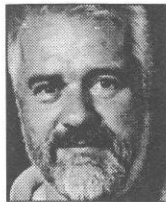
In einer Zeit, in der praktisch alle Basler Schulen in tiefgreifenden Reformen stehen, ist ein solcher Zustand schlicht untragbar. Wir schulden unseren Kindern und den kommenden Generationen eine Bildungspolitik, die diesen Namen auch verdient.

Rolf Häring

Autobahnausfahrt auf Vorrat

Nordtangente

Der Widerstand formiert sich. Eine Arbeitsgruppe arbeitet an einer breit abgestützten Petition gegen die Autobahnausfahrt Klybeck.



Der (Werk-)Verkehr, der von der französischen Autobahn über St.Johannbrücke und Rhein Richtung Wiesenkreisel fliesst, könnte via Ausfahrt Klybeck die

Nordtangente verlassen. Könnte - denn die Regierung hat entschieden, die Ausfahrt sei zwar zu bauen, aber nur im Notfall zu benutzen. Im Quartier reissen seit her die Diskussionen nicht mehr ab. Der Entscheid wird als Schildbürgerstreich verlacht, aber auch Wut wird geäussert, und immer wieder die Angst, dass, was gebaut wird, auch gebraucht wird.

Das Misstrauen ist begründet, ist es doch üblich, bei Autobahnunfällen eine Spur zu sperren und den Verkehr über die Gegenfahrbahn zu führen. Eine Ausfahrt für Notfälle drängt sich von daher nicht auf. Der Verdacht, die „Not“ausfahrt werde gebaut, um früher oder später den Verkehr in die grossen chemischen Betriebe zu übernehmen, liegt deshalb nahe. Was das bedeutet, ist der Quartierbevölkerung klar: Es wird noch attraktiver werden, mit dem Auto zur Arbeit zu fahren, und der Verkehr wird weiter zunehmen. Dabei wird schon jetzt von den QuartiersbewohnerInnen die Verkehrsbelastung als Problem Nr. 1 genannt.

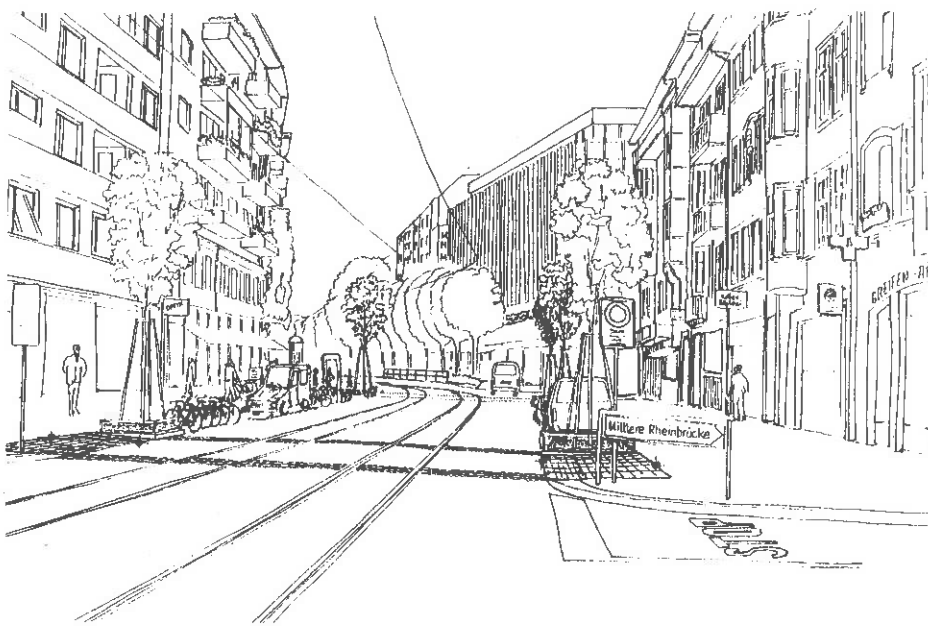
Uns BewohnerInnen des unteren

Kleinbasel reicht's langsam! Wir wissen aber auch, dass der Widerstand gegen die Ausfahrt Klybeck nicht losgelöst von der Entwicklung im St.Johann und andern angrenzenden Quartieren entwickelt werden kann.

Eine Arbeitsgruppe aus VertreterInnen von BastA!, Grünen, FraB, und SP ist zur Zeit daran, eine Petition zu formulieren, die von Parteien, Quartiervereinen und Gewerbe getragen werden soll. Eine solch breite Abstützung kann nicht ausschliesslich mit der radikalen Forderung des Verzichts auf die Klybeckausfahrt erreicht werden. Es braucht zusätzlich Überlegungen für den Fall, dass sich das Vorhaben nicht verhindern lässt. Im Vordergrund stehen dabei flankierende Massnahmen zur Reduktion von Lärm- und Schadstoffemissionen. Und weil das Quartier eine Steigerung der Lebensqualität sofort und nicht erst in 10 Jahren braucht, wird gefordert, das VCS-Projekt 'Boulevard Klybeckstrasse' unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Es zeichnet sich ab: Schon wieder Unterschriften sammeln! Wenn ich daran denke, wie knapp seinerzeit die Horburginitiative abgelehnt wurde, die dem Autobahnwahn der 60er- und 70er-Jahre einen Riegel vorschieben wollte - ich könnte die Wände hochgehen!

Urs Müller



Untere Rebgasse: Die Verschmälerung der Fahrbahn um 4 Meter führt zu breiten, boulevard-ähnlichen Gehbereichen. Diese sind durch Bäume und Abstellflächen für Velos, Autos und Güterumschlag von der Strasse abgetrennt. Auf der Fahrbahn bleibt genügend Raum, damit die Trams durch die VelofahrerInnen nicht behindert werden. (Skizze aus dem Diskussionspapier „Neue Perspektiven für die Klybeckstrasse“ des Verkehrs-Clubs der Schweiz.)

Fraktionen

- Rund zehn Jahre nach dem ersten Vorstoss betreffend die Schaffung einer Stelle für interkulturelle Pädagogik doppelte Zeynep Yerdelen mit einer Interpellation nach. In der schier endlosen Geschichte gibt es erstmals einen Hoffnungsschimmer. In ihrer Antwort lehnt die Regierung das Ansinnen nicht rundweg ab, sondern verspricht immerhin zu prüfen, ob eine solche Stelle geeignet wäre, die Rahmenbedingungen des Unterrichts in multikulturellen Klassen zu verbessern.

- Ein Anzug von Nicole Wagner dreht sich um das Projekt "Seitenwechsel", wie es in Zürich seit dem 700-Jahr-Jubiläum der Eidgenossenschaft besteht. Bei diesem Projekt geht es darum, Personen aus dem mittleren und höheren Kader der Verwaltung und der Privatwirtschaft eine Erfahrung in einem fremden Umfeld (soziale Institutionen) machen zu lassen. Nicole bittet die Regierung zu prüfen, ob ein derartiges Projekt auch in Basel verwirklicht werden könnte.

- Ueli Mäder verlangt in einer Interpellation Auskunft darüber, wieviele staatliche Wohnungen leer stehen und wie viele nicht vermietet werden, weil sonst der Anteil der AusländerInnen über 25% zu liegen käme. Ausserdem will Ueli wissen, ob die staatliche Liegenschaftsverwaltung prinzipiell bereit ist, Wohnungen an AusländerInnen mit B-Bewilligung zu vermieten. Letztere haben oft grosse Mühe, eine Wohnung zu finden, und machen zudem immer wieder die Erfahrung, dass sie von der staatlichen Liegenschaftsverwaltung nicht berücksichtigt werden, obwohl Wohnungen frei sind.

- Rita Schiavi will von der Regierung wissen, ob sie bereit sei, definitiv auf die Aufhebung des Rektorats Kleinklassen und die forcierte Umlagerung von KleinklassenschülerInnen in Regelklassen zu verzichten. Nachdem die Arbeitsgruppe „Projekt Integration Kleinklassen“ einstimmig zum Schluss gekommen ist, eine solche Umlagerung sei pädagogisch nicht vertretbar, waren aus dem Departement Cornaz diesbezüglich in letzter Zeit widersprüchliche Signale zu vernehmen.

- Prominent vertreten waren die BastA!-Bären rund um das "Bärenmähli". BastA!-Bär Urs Müller stand der BaZ Red' und Antwort; BastA!-Bär Ueli Mäder moderierte die Veranstaltung. Und die Bärin tanzte göttlich, zum grossen Vergnügen der zahlreichen Gäste.

- Viel Publikumsandrang herrschte auch am 21. Januar im "Rebhaus" an der Bündnisveranstaltung. Rund 80 Menschen wollten unsere Nationalrats-KandidatInnen sehen und hören, was diese politisch vertreten. Für BastA! kandidieren auf der gemeinsamen Liste Rita Schiavi und Ueli Mäder.

Regula Iselin

Wie populär ist BastA!?

Satire

PastA! ist in aller Munde, geht aus einer kürzlich erschienenen Studie hervor.

BastA! hat bei der renommierten "Gesellschaft mit beschränktem Horizont" (GmbH) eine repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben. Wir wollten es – nicht zuletzt im Hinblick auf die kommenden Nationalratswahlen – endlich wissen: Wie populär ist BastA!? Das Resultat ist überaus ermutigend. Von drei nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Personen hielten 66.66% BastA! für eine italienische Spezialität, 33.33% für ein Mittel zur Zahnpflege, und nur eine verschwindende Minderheit von 0.00% gab an, noch nie etwas von BastA! gehört zu haben. Mit Recht zieht daher GmbH-Direktor B. Lödmann in seinem nicht ganz hundertseitigen Schlussbericht die positive Bilanz: "PastA! ist in aller Munde."

Wie Lödmann anlässlich der Präsentation der Studie ausführte, hat man bei der Auswahl der befragten Personen strikt auf Geschlechterparität geachtet – was sich als

äusserst problematisch erwiesen habe. Erst nach nervenaufreibenden Diskussionen und etlichen Kündigungsdrohungen von MitarbeiterInnen habe sich das GmbH-Team schliesslich auf die politisch nicht ganz korrekte Formel geeinigt: ein Basler – einE TranssexuelleR – eine Baslerin.



B. Lödmann präsentiert die Studie

Trotz des insgesamt erfreulichen Resultats soll und muss darauf hingewiesen werden, dass das Populäritätsprofil von BastA! noch gravierende Schwachstellen aufweist. Wie aus der Studie hervorgeht, konnte sich eine Person – ein Zahnarzt (Name der Redaktion bekannt!) – erst nach Rücksprache mit ihrem Therapeuten überhaupt zu einer Stellungnahme durchringen. Das GmbH-Team empfiehlt deshalb, diese Berufsgruppe mit einer spezifischen Inseratekampagne dort abzuholen, wo sie bohrt beziehungsweise zieht, und schlägt als Werbeslogan vor:

**Zähne raus – Gebiss rein
Zahnärzte empfehlen:
Zahn BastA!**

Weniger rosig sieht die Sache übrigens für den Begriff "Das Bündnis" aus. Rund ein Drittel der Befragten äusserte sich dahingehend, dass mit dem "Bündnis" eine politische Konstellation gemeint sei, die man nur als weder Fischer noch Schröder charakterisieren könne. Ein weiteres Drittel witterte hinter dem Begriff eine von der Frauenliste erfundene neue Form des nicht-ehelichen Zusammenlebens von Personen mehr oder weniger unterschiedlichen

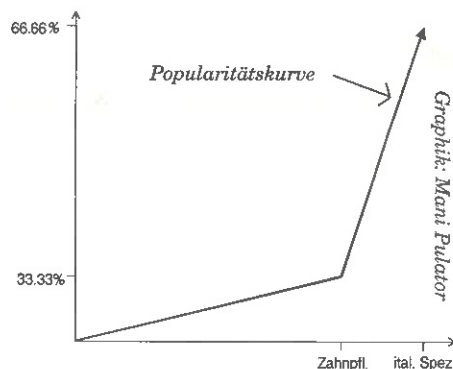
Geschlechts mit mehr oder minder gemeinsamen Bertreuungsaufgaben. Alle übrigen Befragten vermuteten, das "Bündnis" sei die mythologische Keimzelle der engadiner Nusstorte.

Angesichts dieser doch etwas düsteren Ausgangslage empfiehlt B. Lödmann einen flächendeckenden Plakataushang mit dem drastischen Slogan:

**Es gibt tausend Pfründe,
das Pfründnis zu wählen**

Ob BastA! allerdings den gut gemeinten Empfehlungen folgen wird, ist mehr als fraglich. Die Organisation hat sich in der Vergangenheit stets geweigert, das Denken den ExpertInnen zu überlassen. Es ist daher zu befürchten, dass die starrköpfige Gruppierung ein weiteres Mal fundierte PR-Konzepte ignoriert und ihre eigenen Irrwege geht.

K. Nitverstan



Wie aus der Graphik hervorgeht, steigt die Populäritätskurve von BastA! steil an.



- ☐ Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- ☐ Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- ☐ Ja, ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).
- ☐ Ich unterstütze BastA! als GönnerIn, schickt mir Einzahlungsscheine.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Veranstaltungen

Montag, 22. Februar 04.00 Uhr bis Donnerstag, 25. Februar 04.00 Uhr

Z'Basel isch Fasnacht, ein multikultureller Grossanlass. Mitwirkende:

- Morgestraich: Trommler, Pfeifer und Lüfteler (Schweiz)
- Cortège: Waggis (böse Buben, Elsass)
- Guggkonzärt: Dudelsäcke (Schottland), Blechmusikskapellen (Kleinbasel)
- Schnitzelbängg: Schorsch (Hafenbecken), Betty und Bossi (Padanien), UBS (United Banks of Schnitzel, global)
- Comité: greise Diktatoren (staatenlos)
- In weiteren Rollen: Pierrot (Peterli, Frankreich), alte Tanten (NZZ-Journalistinnen, Zürich), Uelis (Nationalratskandidaten, BastA!)
- Wetter: Petrus (ein Basler!!!)

Impressum: Nr. 1/Februar 1999. Herausgeberin: BastA!, Basels starke Alternative, Reb-gasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x jährlich, Abo: Fr. 20.-, Verantwortlich: Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel